

er Militärbehörde zwecks Bildung e wurde geleitet werkschaftsführer bewährten, wohl- terbewegung aus

ungeheure Klein- n zu dieser Erst- Anschließend gab ad Satzungen, son- nt, die einstimm- Dann wurde die t und folgende g in den Vor- ger 1. Vorsitzen- 2. Vorsitzender, Heinrich Schroer o Hensel, Josef ust Heffling, Emil

ster in Rhede

tes Rhede wurde us Gladbeck er- rierung bestätigt. lange Jahre im d war bis 1933 , bis er von den

uzinerkirche

ken, die in den ligt war, ist so in ihr Gottes- rden kann. Am ie festliche Ein- lichem Hochamt

ähle

wurde wieder am nem Bauern in n fettes Schwein n Beckenstrang Gänse und jun- d mitgenommen.

NWZ

Bocholt 3:3 (2:2) nem harten, aber r von drei Bru- rte. Gleich nach einen Eckball das z darauf hieß es wurden die Sei- an war Olympia Abseil übertrieb. hiel, schien hieß aber nicht er. Es hieß bald im Endspurt fiel

im Alter von 85

it den hl. Sterbe- r Trauer: Frau geb. Richters Anverwandten.

mann

am 8. März 45 im Alter von 25 seinen drei Bru- n: Familie Her- Hilde Roth als Seelenamt 30. t, Josef, Borken.

e in Metzgerei od.

h. Hausarb. d NWZ, Bocholt. e als Kochlehrling ehalt od. Kranken- WZ, Oelde, Stille in frauenl. WZ, Bocholt. Schieferhund zu k. Bocholt, Kauf, ges. N 402

gehörig harmonisch oder

ges. N 407 NWZ.

für ständig liege-

Uebbing, Bocholt,

asballons, Spezifis,

10 NWZ, Oelde,

baufähig, mit Ein- nögl. mit Anbau f. v. Totalgeschäd.

hocht zu kauf, ges. holt.

zu verk. N 405

zu mieten ges. NWZ, Oelde. Bü

anschl. Büro in

aus sofort zu

ität erforderl. Ell- 709 NWZ, Oelde.

2-3-Z.-Wohn, im

ut, mögl. in der

stums. Theo Lan-

Swanenstr. 110,

im Zentrum der

NWZ, Bocholt.

effeln an? Material

p. Bocholt, Karo-

od. kl. Druckerei

e. Zuchtst. still,

5 NWZ, Oelde.

agen, Textilkaufm.,

hoch in Gef. be-

reit, werden kann,

im Osten Hol-

verl., für einige

alt. ar.Kfm. Willy

veking, Hauptstr. 2

nd strickt N 394

lle bittet dring.,

il), das am 17. 11.

Nachrichtenblatt der alliierten Militärbehörde
Es erscheint jeden Dienstag und Freitag
Der Postverlagsort ist (21) Oelde

Neue

Westfälische Zeitung

Nr. 49

Dienstag, den 27. November 1945

20 Pfg.

Angriffskrieg – fünf Reden Hitlers Geheime Dokumente über Eroberungspläne

DAS HERZSTÜCK der Gesamtanklage in Nürnberg wird nach den Worten des amerikanischen Staatsanwalts Alderman die Anklage wegen Vorbereitung und Führung eines Angriffskrieges sein. Und im Zentrum des ungeheuren Beweismaterials befinden sich Reden Hitlers selbst, die dieser hinter verschlossenen Türen vor dem engsten Kreis seiner Mitarbeiter hielt und die erstmalig am Freitag, dem vierten Verhandlungstage in Nürnberg, der Weltöffentlichkeit bekannt wurden.

Doch unser Bericht soll den beiden Verhandlungstagen am Donnerstag und Freitag in seinem zeitlichen Verlaufe folgen. Am Samstag, dem 24. November, wurde die Verhandlung ausgesetzt, um den Verteidigern eine genügende Zeitspanne zum Studium des von den Anklagevertretern vorgebrachten und für die nächsten Tage vorbereiteten Materials zu lassen.

Fast alle Angeklagten schienen am dritten Verhandlungstage sichtlich erfreut, wenn ihre Namen innerhalb des Aufbaues der verschiedenen Organisationen genannt wurden. Nur Papen gähnte wiederholt.

Göring strahlte und nickte zustimmend vor sich hin, jedesmal, wenn er im Zusammenhang mit einem seiner zahlreichen Ämter erwähnt wurde. Einmal sah er triumphierend zu den beiden Reihen seiner Mitangeklagten hin, als der amerikanische Ankläger R. C. Albrecht sagte, daß nicht Heß, sondern Göring stets als erster Nachfolger Hitlers im Falle von dessen Tod genannt worden sei. Bei der Erwähnung des Vierjahresplanes schlug sich Göring befriedigt auf die Brust.

Julius Streicher, der einstige „Frankenführer“ Haupt-Judenverfolger und Besitzer der größten pornographischen Sammlung der Welt, lächelte nach allen Seiten, als er vom Anklagevertreter als Mitglied der höchsten Nazi-Hierarchie und „Frankenführer“ genannt wurde.

Die Rangordnungen

Die zwanzig Köpfe der Angeklagten wendeten sich mit einem Ruck nach links, als plötzlich auf ein Zeichen Albrechts die Leinwand an der Schmalwand des Gerichtssaales hochrollte und eine überlebensgroße schematische Darstellung der Partei und ihrer Gliederungen von Hitler bis zum Blockleiter freigab. Die SA, SS und das „Korps der Politischen Leiter“ gehörten ebenso wie die Reichsregierung zu den Körperschaften, die nach der Anklage als Verbrecherorganisationen betrachtet werden müssen.

Schon im Januar 1937 gab es keinen Reichsminister mehr, der nicht gleichzeitig Parteimitglied war. Nur ein einziges Kabinettsmitglied hatte bis zum Ende die Charakterfestigkeit, nicht in die Partei einzutreten. Das war der Reichsverkehrsminister Dormmüller.

R. C. Albrecht beschrieb sodann, wie die ungeheure Zahl von Dokumenten, die er seiner Anklage habe zugrunde legen müssen, zum großen Teile aufgefunden wurden. So wurden z. B. die persönliche Korrespondenz und das Tagebuch des Angeklagten Rosenberg, einschließlich seines Parteibriefwechsels hinter einer künstlichen Wand in einem alten Schloß in Bayern aufgefunden. Andere Akten wurden in verschiedenen Orten in den bayerischen Alpen entdeckt. Es war manchmal so viel, daß ganze Züge von Lastkraftwagen sie fortfahren mußten.

Die „Kampfzeit“ der Partei

Am Nachmittag erlebten die Angeklagten noch einmal die ersten Jahre des Parteikampfes um die Macht, eine Episode, die der amerikanische Ankläger Major Frank Wallis als eine „dramatische und finstere Episode“ bezeichnete, als er mit seiner Darstellung des „gemeinsamen Planes oder Verschwörung“ bis zum Jahre 1939 begann.

Unter anderen enthüllenden Dokumenten legte Major Wallis ein beschriftetes Protokoll von Wilhelm Frick auf den Richtertisch, in dem der ehemalige Reichsinnenminister die Vorgänge vom Juni 1934 (Röhm-Affäre) beschreibt und als die erste illegale Handlung der Partei seit der Machtergreifung bezeichnet. „Himmler“, so gibt Frick zu Protokoll, „konnte Hitler davon überzeugen, daß Röhm einen Putsch machen wollte. Der Führer gab Himmler Befehl, den Putsch zu unterdrücken. Auf Grund dieses Befehls wurden viele Leute verhaftet und — wie es langsam durchsickerte — wurden etwa hundert, wenn nicht mehr, unter Hochverratsbeschuldigung ohne Gerichtsverfahren einfach an Ort und Stelle getötet. Viele Menschen, wie viele weiß ich nicht, wurden getötet, die tatsächlich nichts mit dem Putsch zu tun hatten. Das waren einfach solche, die nicht sehr beliebt waren, so wie Schleicher und seine Frau. Ebenso Gregor Strasser, der Reichsorganisationsleiter und zweiter Mann nach Hitler in der Partei gewesen war. Die ganze Angelegenheit wurde niemals offiziell bekanntgegeben, sondern kam im Laufe der Jahre nach und nach heraus.“

Major Wallis sagte, er würde mit den Angeklagten-Protokollen und Aussagen dieser Art, mit Gesetzen, Verordnungen und Geheimdokumenten beweisen, daß die NSDAP sich zum Ziel gesetzt habe, für alle Deutsch-rassigen Lebensraum zu erlangen, daß die Partei beschlossen habe, jedes Mittel, gesetzlich oder ungesetzlich, dabei anzuwenden und Propaganda auszusenden, um ihren skrupellosen Aufstieg zur Macht zu unterstützen, und daß die Partei, nachdem sie ihre Regierungsgewalt dazu benutzt hätte, jeden Widerstand in Deutschland niederzuwerfen, dazu übergegangen sei, die Nation zu Angriffen nach außen vorzubereiten, die die Partei von vornherein beschlossen habe.

Episode nach Episode, sagte Major Wallis, würde er mit den Dokumenten und anderen Beweisen belegen: Die Mittel und Hintergründe der Machtergreifung, den Reichstagsbrand, das Ermächtigungsgesetz, die Kommunistenverfolgungen und Beamtenentlassungen. „Ich werde dem Gericht zeigen“, sagte er, „wie die Partei sich über Deutschland ausbreitete wie ein riesenhafter, vielmögiger Tintenfisch.“

Schacht finanzierte den Krieg voraus

Ein beschworenes Protokoll des Reichsbankdirektors Emil Puhl, nach dem Deutschland im Frühjahr 1938 bereits zwölf Milliarden Mark für einen Teil seiner geheimen Aufrüstungen ausgegeben hatte, war eine der Hauptenthüllungen in der Anklagerede des

amerikanischen Anklägers Thomas Dodd am vierten Tage des Nürnberger Prozesses. „Was die Welt nicht gewußt hat, ist dies, daß Schacht schon im Mai 1935 vom Führer zum geheimen Hauptbevollmächtigten für die Kriegswirtschaft ernannt wurde.“

Durch das Geheimsystem der sogenannten „Mefo Wechsel“ habe es Schacht verstanden, Aufrüstungskosten in Höhe von zwölf Milliarden Mark und damit die Aufrüstung selbst in Deutschland und vor der Welt geheimzuhalten.

Ankläger Dodd gab dem Gericht die genauen von Puhl niedergelegte Beschreibung des Prinzips der „Mefo Wechsel“, die von der Rüstungsindustrie gezogen und von einer Scheinfirma, der „Metallurgischen Forschungsgesellschaft m. b. H.“ akzeptiert wurden; diese Wechsel wurden vierteljährliche immer wieder verlängert und hatten eine Gesamtlaufrzeit von über vier Jahren.

Zu den weiteren Schriftstücken, die Ankläger Dodd vorlegte, gehörte ein Brief Schachts nach seinem Streit mit Göring im Jahre 1938, der mit seinem Rücktritt als Hauptbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft endete, in dem Schacht „mit Stolz auf seine Tätigkeit zurückblickt“ und äußert, daß er die Aufrüstung Deutschlands stets für eine absolute Notwendigkeit gehalten habe. Schließlich verlas Dodd einen Brief von Schachts Nachfolger Funk an Hitler vom Januar 1939, in dem dieser schrieb, daß die Reichsbank fertig gerüstet für den Krieg sei.

Indem er nochmals Göring, Schacht und Funk als die Haupttriebfedern für die wirtschaftliche Aufrüstung Deutschlands zum Angriffskrieg beschuldigte, sagte Ankläger Dodd abschließend: „Diese Leute gaben den Deutschen, um Görings Worte zu benutzen, Kanonen statt Butter. Sie gaben das in der Geschichte einzigartige Beispiel einer Nation, die sich mitten im Frieden für den Krieg gürte. Es waren die ersten Akte der herzerbrechenden Tragödie, die ihr Angriff über die Welt brachte.“

Führerreden im engsten Kreis

12 Jahre zielbewußter Politik des Krieges

Nürnberg, 20. Nov. Als der amerikanische Anklagevertreter Alderman den dicken Band mit Dokumenten, die das Material der Anklage wegen Vorbereitung und Führung eines Angriffskrieges enthielten, auf den Richtertisch legte, erklärte er: „Dies ist ein Beweismaterial, verborgen wurde.“ Es waren vor allem 12 Jahren Kriegsvorbereitung und Kriegsführung erzählten. „Eine Seite der Geschichte ist 100 Tonne Beweismaterial wert. Und die Geschichte der letzten 10 Jahre lebt und brennt in unserer Erinnerung.“

Unter den Dokumenten, die Alderman vorlegte, befanden sich Wiedergaben von Reden, die Hitler seinen engsten Mitarbeitern und Oberbefehlshabern in strengster Abgeschlossenheit gehalten hat.

Aufsehenerregende Einzelheiten über die Verschwörung zum Angriffskrieg enthüllten besonders fünf sensationelle Dokumente, die am Sonnabend zur Beweisaufnahme vorlagen.

Die Wiedergabe einer Geheiminsinuation Hitlers mit seinen Oberbefehlshabern und kommandierenden Generalen auf dem Obersalzberg am 22. August 1939, eine Woche vor dem Angriff auf Polen, berichtet, wie Hermann Göring auf einen Tisch kletterte, wie ein Wilder herumtanzte und dem Führer seinen Dank und Versprechungen zurief, als Hitler seine Ansprache mit den Worten schloß: „Die Gelegenheit ist heute günstiger denn je. Ich habe nur eine Befürchtung, und das ist, daß Chamberlain oder irgend so ein anderes Dreckschwein daherkommt und mir neue Vorschläge macht oder sagt, er hätte sich anders überlegt.“

Nein, dazu ist es zu spät; die Invasion und Ausrottung Polens beginnt am Sonnabendmorgen. Ich werde ein paar Kompanien in polnischen Uniformen im Oberschlesien oder im Protektorat angreifen lassen. Ob es die Welt glaubt, kümmert mich einen Dreck. Die Welt glaubt nur an Erfolg.

Ruhm und Ehre winken Ihnen zu, meine Herren, wie nie seit Jahrhunderten. Seien Sie hart, seien Sie schonungslos. Handeln Sie schneller und brutaler als die andern. Die Einwohner Westeuropas müssen zittern vor Schreck. Das ist die humane Art der Kriegsführung, denn es schreckt sie ab.

Ribbentrop hat von mir den Auftrag, den Russen jedes Angebot zu machen und jede

Ribbentrop wünscht englische Zeugen

Nürnberg, 25. Nov. Am Sonnabend teilten die deutschen Verteidiger auf einer Pressekonferenz mit, eine Reihe britischer und amerikanischer Persönlichkeiten als Zeugen vorladen zu wollen.

Ribbentrops Verteidiger, Dr. Fritz Sauter, verlangt die Ladung von Lady Astor, des ehemaligen Staatssekretärs im Außenministerium, Lord Vansittart, der Zeitungsbesitzer Lord Beaverbrook und Lord Kemsley, des früheren Luftfahrtministers Lord Londonderry, des Kriegsministers im ersten Weltkrieg, Lord Derby, sowie des amerikanischen Generals Wood.

Der Verteidiger von Rudolf Hess, Dr. Günter von Rohscheid, will den Herzog von Hamilton laden lassen, über dessen Besetzung Heß 1941 mit dem Fallschirm absprang.

Österreich hat gewählt

In Wien wurden bei den allgemeinen Wahlen am Sonntag 527 000 Stimmen für die Sozialisten gezählt, 74 000 für die Kommunisten und 31 000 für die Volkspartei.

Die Wahlbeteiligung im ganzen Lande war überaus rege und erreichte vielfach 90 Prozent. In den Ländern Oberösterreich, Vorarlberg, Salzburg und Tirol hat die Volkspartei die meisten Stimmen erhalten, in Niederösterreich, Kärnten und Steiermark, in denen früher die Christlich-Sozialen, die Vorgänger der Volkspartei, eine Mehrheit hatten, halten sich Sozialisten und Volkspartei die Waage. Die Sozialisten führen in den Landeshauptstädten Graz und Klagenfurt.

Die Erwartungen der Kommunisten haben sich nicht erfüllt, sie haben nur etwa sieben Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen können.

Nach einer letzten Gesamtaufstellung, die am Montagmorgen vom Sender Linz gegeben wurde, erhielten die Sozialisten 1 436 960 Stimmen, die Sozialisten 1 417 416 Stimmen und die Kommunisten 180 139 Stimmen.

Rumänien-Ungarn für Zollunion

Bukarest, 24. Nov. Auf einer Tagung des Zentralvorstandes des ungarischen Volksverbandes in Rumänien erklärte der zur Teilnahme an der Tagung eingeladene rumänische Ministerpräsident Dr. Groza:

„Wir Rumänen und Ungarn wollen in Transsylvanien zusammenleben, wir wollen mit unserem Nachbar Ungarn nicht nur das brüderliche Einvernehmen und die guten nachbarlichen Beziehungen, sondern auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit verstärken. Wir werden so weit gehen, daß wir eine Zollunion mit Ungarn schaffen. Es wird kein Paßzwang herrschen, so daß jedem freier Verkehr nach haben und drüben ermöglicht wird.“

Elf Großbankiers verhaftet

Frankfurt, 22. Nov. Karl Rasche, der frühere Vorstand des Aufsichtsrates der Dresdner Bank und zugleich Vorsitzender verschiedener angeschlossener Banken in Belgien, Frankreich, Holland und Griechenland, ist in der amerikanischen Zone festgenommen worden.

Außer ihm wurden 10 weitere bekannte deutsche Bankiers in den letzten Tagen in der amerikanischen Zone verhaftet. Dies sind Gustav Brecht (Deutsche Bank), Hans Deuss (Kommersbank), Otto Neubaur, Karl Schmolder, Adolph Schäffer (Reichskreditgesellschaft), Karl Landemann, Wilhelm Maiztke, Walter Schieber (Dresdner Bank), Hans Ulrich und Hans Strauch (Bank der deutschen Arbeit).

Regierung Parri zurückgetreten

Rom, 24. Nov. Der italienische Ministerpräsident, Ferruccio Parri, hat am Sonnabendnachmittag dem Reichsverweser, Kronprinz Umberto, die Demission seiner Regierung überreicht.

Die Regierungskrise wurde durch den Austritt der drei liberalen Minister aus dem Sechs-Parteien-Kabinetts akut. Die Minister der Rechtsparteien erklärten dann, daß auch sie nicht länger in der Regierung verbleiben wollten.

(Fortsetzung auf Seite 3)

Außenpolitische Debatte im Unterhaus

London, 23. Nov. Die große außenpolitische Debatte im britischen Unterhaus wurde am Donnerstag von Premierminister Attlee mit einem Rechenschaftsbericht über die Verhandlungen mit Präsident Truman und dem kanadischen Premierminister eröffnet, die zu dem Abkommen von Washington über die Kontrolle der Atomenergie und den Austausch wissenschaftlicher Forschungsergebnisse führten.

Premierminister Attlee hob in seiner Erklärung drei Grundsätze hervor: 1. Es ist unmöglich, das Problem der Atombombe von den anderen Vernichtungswaffen zu trennen. 2. Die Organisation der Vereinten Nationen bildet ein Instrument, das internationale Ordnung sichern und Kriege verhindern kann, vorausgesetzt, daß alle Nationen entschlossen sind, sich dieses Instrumentes zu bedienen. 3. Unbedingte Voraussetzung dafür ist volles gegenseitiges Vertrauen.

„Ich möchte hervorheben“, erklärte Attlee, „daß in weiten Gebieten der Welt dieses gegenseitige Vertrauen bereits besteht. Es ist die Aufgabe der Staatsmänner, eine solche Atmosphäre des Vertrauens auf die ganze Welt auszudehnen.“

Die menschliche Zivilisation könnte einen Krieg, in dem Atomwaffen eingesetzt würden, nicht überleben.

Eden als erster Oppositionsredner

Nach Premierminister Attlee sprach der ehemalige Außenminister Eden als erster Oppositionsredner. Die Entdeckung der Atomenergie, erklärte er, mache eine Überprüfung der bisherigen Auffassungen vom Begriff nationaler Souveränität notwendig und lasse auch Änderungen in der Satzung der Vereinten Nationen wünschenswert erscheinen, vor allem, was die Frage des Veto-Rechts betrifft.

Die Beziehungen zur Sowjetunion

„Niemand wird leugnen, daß in letzter Zeit Verdacht und Mißtrauen zwischen der Sowjetunion und den beiden anderen großen Siegermächten, den Vereinigten Staaten und Großbritannien, zugenommen haben. Wir alle beklagen dies. Wir alle wollen, daß die Sowjetunion auf der Grundlage voller Gleichberechtigung an den internationalen Angelegenheiten ihren Anteil nimmt.“

Die Vorkehrungen, die Sowjet-Rußland in Europa treffen, hätten ebensowenig eine Spitze gegen die übrigen Alliierten, wie umgekehrt die Maßnahmen Großbritanniens in keiner Weise gegen die Sowjetunion gerichtet sind.

Das deutsche Flüchtlingsproblem

Außenminister Bevin erklärte im Einzelnen über das deutsche Flüchtlingsproblem:

Die Regierung habe in der Frage der deutschen Bevölkerungsbewegungen sich jederzeit von dem Grundsatz leiten lassen, daß die Potsdamer Beschlüsse über diese Frage zur Durchführung kommen müssen. „Wir haben daher nie versucht“, erklärte Bevin, „die Verlagerung der deutschen Bevölkerung aufzuhalten oder rückgängig zu machen. Aber wir waren bemüht, daß diese Bevölkerungsbewegungen in der menschlichsten und geordnetesten Form durchgeführt werden. Eine Pause, die in den Bevölkerungsschub eingeschaltet wurde, sollte nur dazu dienen, dem Alliierten Kontrollrat in Berlin die Entscheidung über die außerordentlich komplizierten Fragen zu ermöglichen, die sich aus der Unterbringung und Verteilung der Flüchtlinge in den verschiedenen Besatzungszonen ergeben.“

Die Lage habe sich bis zu einem gewissen Grad gebessert. Der Kontrollrat habe bereits nennenswerte Fortschritte bei der Ausarbeitung des Plans für die Aufnahme und Verteilung der Bevölkerungsteile gemacht.

Er glaube zuversichtlich, annehmen zu dürfen, daß weitere Bevölkerungsbewegungen, wenn sie

gemäß den Potsdamer Beschlüssen wieder aufgenommen würden, im Sinne der Potsdamer Erklärung in geordneter und menschlicher Weise durchgeführt würden.

Polen und Osteuropa

Über die Entwicklung in Polen und anderen osteuropäischen Staaten erklärte Bevin, man müsse die furchtbaren Erschütterungen berücksichtigen, die diese Länder durchgemacht haben.

„Die Wahlen“, sagte Bevin, „waren nicht nur ein politisches Ereignis, sondern sie haben den Franzosen den Glauben an ihre freiheitliche Tradition wiedergegeben und bestätigt.“ Auf diesen sicheren Grundlagen würden die Franzosen jetzt ihr Land und ihre Wirtschaft wieder aufbauen und auf diesen Grundlagen habe die britische Regierung die Absicht, mit dem neuen Frankreich zusammenzuarbeiten.

In London tagt der Gründungsausschuß der Vereinten Nationen

London, 25. Nov. Rund 500 Vertreter von 51 Nationen versammelten sich Sonnabend früh zu der ersten Vollversammlung des Gründungsausschusses der Vereinten Nationen in London, um den Bericht des Exekutivsausschusses entgegenzunehmen. Hauptaufgabe des Gründungsausschusses ist es, die erste Generalversammlung des neuen Völkerbundes in der ersten Januar-Woche vorzubereiten.

Die Konferenz vertagte sich nach kurzer Sitzung auf Montag, um den Delegierten Gelegenheit zu geben, den mehrere hundert Seiten langen Bericht eingehend zu studieren, der von dem in San Francisco eingesetzten Exekutivsausschuß in wochenlangen Beratungen ausgearbeitet wurde.

Obwohl die Aufgaben des Gründungsausschusses rein technischer Natur sind, war die Atmosphäre der ersten Sitzung von dem Problem der Atomenergie beherrscht. Der britische Hauptdelegierte, Staatsminister Noel Baker, eröffnete als Vertreter des Gastlandes die Versammlung.

Alles Gerede von neuen Kriegen, das man hier und da höre, so sagte Noel Baker, sei grotesk und schädlich. Man könne nicht erwarten, daß nach einem verheerenden Krieg von sechs Jahren voller Friede und völlige Ruhe im Handumdrehen und ohne eine Übergangszeit des Wiederaufbaues hergestellt werden können. „Es gibt auf der ganzen Welt nicht ein einziges Volk, das seiner Regierung gestatten würde, einen neuen Krieg anzufangen.“

Bis zum Zusammentritt der Vollversammlung wird der Gründungsausschuß der Vereinten Nationen den Bericht des Exekutivsausschusses zu überprüfen und Vorschläge über folgende Fragen auszuarbeiten haben: 1. Die Ernennung eines Generalsekretärs, für den ein Amerikaner in Aussicht genommen sein dürfte. 2. Die Wahl des dauernden Sitzes der Organisation der Vereinten Nationen.

Rußland erklärt Willen zur Mitarbeit

Moskau, 25. Nov. „Rußland ist voll und rüchhaltig zur Mitarbeit bereit“, erklärte der Moskauer Rundfunk am Samstag in einem Kommentar anläßlich der ersten Vollversammlung.

Zu Gegensätzen zwischen Regierung und Opposition kam es in der Debatte nur über die griechische Frage.

Außenminister Bevin trat dieser Auffassung entgegen und betonte, daß Großbritannien sich in keiner Weise in die inneren Angelegenheiten Griechenlands einzumischen wünsche.

Bevin hob hervor, daß Großbritannien ohne Unterschied in gleicher Weise mit großen und kleinen Ländern zusammenzuarbeiten wünsche.

Noel Baker über die Zukunft Europas

Als letzter Sprecher der Regierung schloß Staatsminister Noel Baker die Debatte. Er faßte die Ziele der britischen Außenpolitik mit den Worten zusammen: „Wir sind bereit, alles zu tun, um so rasch wie möglich das Ziel einer internationalen Regierung zu erreichen.“

Deutliche Anzeichen des Wiederaufbaues in Europa seien unverkennbar, so wohl auf materiellem wie auf geistigem Gebiet. Ich glaube nicht, daß Europa ausgespielt hat, und ich kann denen nicht zustimmen, die glauben, daß Europa aufgehört hat, Mittelpunkt der Weltangelegenheiten zu sein.“

Oberpräsident Dr. Amelunxen bestätigt

Der Oberpräsident der Provinz Westfalen, Dr. Amelunxen, ist durch das Hauptquartier der Kontrollkommission für Deutschland in seinem Amt bestätigt worden.

Oberpräsident Dr. Amelunxen empfängt mit dieser Bestätigung die Bescheinigung der Richtigkeit seiner Politik.

Generalreferent für Inneres

Der Oberpräsident der Provinz Westfalen hat mit Zustimmung der Militärregierung den Rechtsanwalt und Notar Dr. Walter Menzel zum Generalreferenten für Inneres ernannt. Generalreferent für Inneres Dr. Walter Menzel, wurde am 13. 9. 1901 in Berlin geboren. Er studierte Rechtswissenschaft und Volkswirtschaft. Nach einer kurzen Tätigkeit als Richter beim Amtsgericht in Potsdam wurde er Justiziar, dann nach Regierungsassessor in Essen. 1928 erfolgte eine Berufung in das Finanzministerium. 1931 wurde er Landrat in Weiburg an der Lahn. Ende Februar 1933 wurde Dr. M. vom Amtle suspendiert und einige Monate später auf Grund des Berufsbeamtengesetzes aus dem Staatsdienst entlassen. Erst nach der Kapitulation erfolgte seine Zulassung zum Notar in der britischen Zone in Berlin.

Mit der Ernennung Dr. Menzels zum Generalreferenten ist die Vertretung des Freiherren von Oer für das Generalreferat Inneres erloschen. Freiherr von Oer bleibt als Regierungspräsident der ständige Vertreter des Oberpräsidenten in der Provinzial-Regierung.

Gründungsversammlung der Liberal-Demokraten

Am 20. November 1945 fand in Dortmund die offizielle Gründungsversammlung der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands für die gesamte britische Zone statt.

Der Tagungsleiter, Dr. Friedrich Münster, Präsident der Landesgruppe Westfalen-Nord, bezeichnete das Programm als eine Sammlung und Zusammenfassung der Forderungen der breiten Volksschichten; es erhebe den Anspruch einer Verfechtung eines gemeinsamen politischen Denkens der gesamten Bevölkerung im liberal-demokratischen Sinne.

Der Vertreter des Landesverbandes Thüringen betonte mit Nachdruck, daß die Liberal-Demokratische Partei eine der vier tragenden Säulen des neuen politischen Deutschlands sei. Bürgermeister Altenhain (Leiter der Landesgruppe Westfalen-Süd) brachte zur Kenntnis, daß nach der Mandatsverteilung im Ennepe-Ruhr-Kreis die Liberal-Demokratische Partei die zweitstärkste Partei geworden sei.

Auf Vorschlag der Delegierten wurde als Verwaltungssitz für die britische Zone die Geschäftsstelle des Landesverbandes Westfalen in Dortmund bestimmt. Zum geschäftsführenden Leiter wurde Bender-Dortmund ernannt. In seinem Schlusswort erklärte dieser, daß bereits 15 Splitterparteien sich der Liberal-Demokratischen Partei angeschlossen hätten.

Aus Feldgrau wurde Zivil

Trageverbot für deutsche Uniformen ab 1. Dez. in Kraft

Hamburg, 25. Nov. 25.000 Uniformstücke in den letzten acht Wochen hat die „Deteka“, nur eine von vielen Färbereien in Hamburg, für entlassene Wehrmachtangehörige umgefärbt. Entsprechend hohe Leistungen haben auch die anderen Färbereien in allen Orten der britischen Zone in den letzten beiden Monaten erzielt.

Die britische Militärregierung hatte allen Gemeinden Farbstoffe in verschiedenen Farben zur Verfügung gestellt, damit die Entlassenen, die keine Zivilkleidung mehr besitzen, auch weiterhin ihre Uniformstücke tragen können.

Allen entlassenen Wehrmachtangehörigen und anderen Zivilisten ist es auf Grund der am 9. September 1945 in Kraft getretenen Verordnung Nr. 13 der Militärregierung — britisches Kontrollgebiet — verboten, nach dem 30. November 1945 eine militärische Uniform zu tragen, es sei dann, daß sie durch Umfärbung sowie Beseitigung von Medaillen, Orden, Rangabzeichen, anderen Abzeichen und der militärischen Knöpfe nicht mehr eine Ähnlichkeit mit einer früheren deutschen Uniform hat.

Das Tragen „militärischer Kopfbedeckungen“ ist bereits seit dem 9. September 1945 verboten. Darunter sind Schirmmützen, Lagerhützen und Einheitsmützen sowie Skimützen zu verstehen, gleichgültig, ob diese Mützen feldgrau oder umgefärbt sind. Zuwiderhandelnde können nach der Verordnung Nr. 13, falls sie ein Gericht der Militärregierung schuldig spricht, zu jeder gesetzlichen Strafe, auch zum Tode verurteilt werden.

Nordwestdeutscher Rundfunk

Nachr. tägl. um 7.00, 9.00, 13.00, 14.00, 18.00 (im Diktattempo), 19.00 (Westd. Nachr.), 20.00, 22.00. Mittwoch, 28. Nov.: 6.45: Fröhliche Klänge. 9.15: Schulfunk. 12.15: Landfunk. 12.30: Musik am Mittag. 14.45: Schulfunk. 17.00: Kinderfunk. 17.30: Bunte Palette. 17.45: Suchdienst für Wehrmachtangehörige. 18.15: Das gute Buch. 20.50: Die Welt der Oper. 22.10: Musik. Reiseopfer. 22.50: Amerik. Tanzorchester.

Donnerstag, 29. Nov.: 6.45: Frühmusik. 7.25: Johann Strauß. 9.15: Schulfunk. 12.15: Landfunk. 12.30: Musik am Mittag. 14.45: Schulfunk. 17.00: Kinderfunk. 17.45: Suchdienst für Wehrmachtangehörige. 18.15: Das gute Buch. 20.50: Unterhaltungsmusik. 22.15: Die engl. Presse der Woche. 23.30: Lockende Rhythmen. 23.15: Eine unheimliche Geschichte. 23.30: Beethoven-Kammermusik.

Freitag, 30. Nov.: 7.25: Bekannte Weisen. 9.15: Schulfunk. 12.15: Landfunk. 12.30: Tanzmusik am Mittag. 17.00: Kinderfunk. 17.30: Bunte Palette. 17.45: Suchdienst für Wehrmachtangehörige. 18.15: Das gute Buch. 20.50: Berühmte Orchester und Solisten. 21.00: Altfranzösische Hirtenslieder. 21.45: Hans Harbeck liest. 22.15: Lebendige Weltliteratur. 22.30: Unterhaltungsmusik. 22.50: Kabarett der Zeit. 23.15: Leise rauscht das Meer.

Druck: Verlag der Neuen Westfälischen Zeitung, Oelde: 336 000; Bielefeld: 672 287; Gesamtauflage: 1 008 287.

KURZNACHRICHTEN

Aus aller Welt

London, 24. Nov. Die britische Regierung beabsichtigt, mit Ende 1946 alle für die Kriegspionage zeitweilig beschlagnahmten industriellen Unternehmungen freizugeben.

Paris, 24. Nov. General de Gaulle gab am Freitag in der verfassunggebenden Nationalversammlung das Programm und die Bildung eines neuen Kabinetts bekannt. Auf außenpolitischem Gebiet unterstrich er das Recht Frankreichs, bei allen wichtigen Entscheidungen der Großmächte gehört zu werden.

Teheran, 25. Nov. Der sogenannte Nationalkongreß von Aserbeidschan, der nordpersischen Provinz unter russischer Besetzung, in der Mitte November separatistische Unruhen ausbrachen, gab am Sonntag eine Erklärung ab, in der Autonomie für Aserbeidschan im Rahmen des persischen Staates gefordert wird.

Athen, 25. Nov. Der Liberale Sophoulis hat eine neue griechische Regierung gebildet. Er erklärte, daß die Volksabstimmung über die Rückkehr des Königs bis 1948 verschoben werde, Parlamentswahlen aber so schnell wie möglich stattfinden sollten. Obgleich König Georg von Griechenland Einspruch gegen Sophoulis' Erklärung erhob, will der Regent, Erzbischof Damaskinos, im Amt bleiben.

Detroit, 25. Nov. Es besteht Aussicht, daß der Streik der 350.000 Arbeiter der General Motors in Detroit (USA.) bald durch Übereinkommen beigelegt werden kann.

Montreal, 25. Nov. Jeder zwanzigste heimkehrende kanadische Soldat hat sich in Europa verheiratet.

Paris, 25. Nov. Die alliierte Reparationskonferenz hat sich am Sonntag über die Aufteilung der deutschen Handelsflotte unter die Länder, die Ansprüche auf deutsche Wiedergutmachungsleistungen haben, gemäß den Potsdamer Beschlüssen geeinigt.

Oslo, 25. Nov. Das Problem der 9000 Kinder deutscher Abstammung in Norwegen, deren Väter in den meisten Fällen Mitglieder der deutschen Besatzungstruppen waren, bereitet den norwegischen Behörden große Schwierigkeiten.

Aus Deutschland

Berlin, 25. Nov. Die erste Flüchtlingssuchzeitung erscheint im Berliner Bezirk Wilmersdorf. Sie ist vier Seiten stark und wird in allen vier Besatzungszonen vertrieben.

Berlin, 24. Nov. Berlin soll ein Spielkasino bekommen. Die sechs bis zehn Millionen RM, die als Einnahme erwartet werden, sollen Wiederaufbauzwecken dienen. Ein zweites Kasino in Klein-Machnow bei Berlin soll monatlich bis zu einer Million RM bringen. Vor dem Kriege gab es in Deutschland nur zwei Spielkasinos, Zoppot und Baden-Baden.

Hamburg, 24. Nov. Ein Hamburger Antiquitätenhändler wurde zu 60 Tagen Gefängnis verurteilt, weil er sein zerstörtes Schaufenster eigenmächtig verglast hatte. Die Auffassung der Verteidigung, daß Glas noch nie als Baumaterial angesehen worden und demzufolge auch jetzt noch nicht anzusehen sei wurde vom Gericht nicht geteilt.

Studenten melden sich

„Anfang Dezember beginnen die Seminare für die Studenten der philosophischen und naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Münster. Zugleich werden die Kurse eröffnet, in denen die wegen des Raummangels nicht nach Münster zuzugewandten Studenten für ihre Heimarbeiten beraten werden. Die Studenten mögen sich jetzt persönlich an den Dekan der Fakultät wenden.“

Keine Wehrsoldnachzahlung

Hamburg, 23. Nov. Gesuche entlassener deutscher Soldaten um Nachzahlung von Wehrsold, Einlösung von Reichskreditkassenscheinen, andern Notgeld oder Kriegsgefangenen Gutscheinen werden nicht berücksichtigt und sind daher zwecklos.

Nur Soldaten, die noch nicht entlassen sind haben die Berechtigung, den seit der Kapitulation rückständig gebliebenen Wehrsold nachzufordern.

Stockholm, 24. Nov. Görings Stiefsohn will als Zeuge für seinen Stiefvater auftreten, da Göring einer Anzahl von Juden heimlich zur Flucht nach Schweden verholfen habe.



Die Grenzen der Besatzungszonen in Oesterreich

„Wi

(Fo Hoff

Mein Pakt Zeit zu gewinnen, mit Russen, was Stalins Tod wir die Sowjetunion. Wir müssen Abfalls Japans sein ist das Schwach, feig kann er einen Lassen Sie üben und betrachten falls als lach fühlen müsse

Angriffsb

Zwei andere Ansprachen v. 22. August 1945 muß sich voll herein entschließen zu künftigen und Recht an, son hat das Recht von Polen ist tatische Ziel, voraussichtlich

„Alles hängt meiner Existenz wieder das Völkchen in der Zukunft wird e Mann geben, Für uns ist zu treffen. W können nur Männer unter sönlichkeiten, ner der Tat.

Neben dem auch die polit alle diese gün bis drei Jahre wollen wir l Dieser Augen drei Jahren, noch groß, da fen werden. E gerichtet, daß der Lösung d länders gesch sich durches loren und zu

Aber wie s britischen A einer wesentl Flotte nicht z der Luft vier zwei bis drei nicht, daß der Jahren komm Wir müssen bewußt sein. wir nicht zu mit Getreide, sorgen.

Ich habe nu Minute so ei und einen V wird.“

Größte Ero

Bereits am 1. andern Proto kanzel in A Raeder, Göring führer Obers führungen ge land ist, wo zum niedrigst

„G

„G

„G

„G

„G

„G

„G

„G

„G

„G

„G

„G

„G

